Kristina Dietz

Pandemie trifft Krise(n)
COVID-19 in Lateinamerika
(Zur Diskussion)

Am 26. Februar 2020 meldeten brasilianische Gesundheitsbehörden in São Paulo den ersten Corona-Infektionsfall, der zugleich der erste bestätigte Fall in Lateinamerika war. Ab Mitte März begannen Regierungen vieler lateinamerikanischer Länder Quarantänebestimmungen, Ausgangssperren und Kontaktverbote zu verhängen. Die meisten dieser Maßnahmen halten auch im Oktober 2020 an (CEPAL 2020). Vor dem Hintergrund eines erwarteten neuerlichen Anstiegs der Infektionen ab Dezember diskutieren Anfang Oktober 2020 lokale Regierungen neue Verschärfungen der Maßnahmen.[1] Lateinamerika ist weltweit die Region mit den am längsten andauernden Quarantänebestimmungen und Einschränkungen in Bezug auf Bewegungsfreiheit, Schulschließungen und persönliche Kontakte. Doch trotz umfassender Maßnahmen steigen die Infektions- und Todeszahlen. Bereits im Mai 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Region und die Karibik, vor allem Südamerika, zum Epizentrum der COVID-19-Pandemie. Besonders betroffene Länder sind mit Blick auf bestätigte Infektions- und Todeszahlen Brasilien, Peru, Mexiko, Kolumbien, Ecuador und Chile. Brasilien ist mit über 5.550.000 registrierten Corona-Fällen (Stand: 3.11.2020) nach den USA und Indien das Land mit den meisten Infektionen weltweit.[2] Über 160.000 Menschen sind in Brasilien an oder mit Corona gestorben, in Mexiko zählt die Johns-Hopkins-Universität 92.100 Corona-Tote (ebd.). Gemäß des urbanen Gesundheitsnetzwerkes Lateinamerika (*Urban Health Network for Latin America and the Caribbean* – LAC-URBAN HEALTH) geht die Zahl der täglichen Neuerkrankungen in vielen Ländern der

1 https://www.elespectador.com/noticias/bogota/a-no-bajar-la-guardia-habria-nuevo-periodo-de-cuarentena-para-fin-de-ano-en-bogota/, letzter Aufruf: 7.10.2020.

2 https://www.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR3qd6-6iHf6pGXQrf58MJodr8l2hNCDl8IpHlusGVPQgJKKlWP7nX6u8rI#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6, letzter Aufruf: 28.9.2020.

PERIPHERIE Nr. 159/160, 40. Jg. 2020, https://doi.org/10.3224/peripherie.v40i3-4.14, S. 455-472

Region – eine Ausnahme ist Argentinien – seit Mitte August 2020 zurück.[3] Wie aussagekräftig dieser Trend und die Zahlen zu Infektionen, Toten und Neuerkrankungen insgesamt sind, ist unklar. Aufgrund schwacher und – etwa zwischen Stadt und Land, reichen und armen Stadtvierteln, privater und staatlicher Gesundheitsversorgung – fragmentierter Kapazitäten der Gesundheitssysteme und damit verbundenen eingeschränkten Testmöglichkeiten geben die veröffentlichten Zahlen nur einen unsicheren Einblick in die Pandemierealität in Lateinamerika ab.

Im Folgenden diskutiere ich, welche sozialen, ökonomischen und politischen Folgen die Corona-Pandemie und die Corona-Politiken für Lateinamerika haben. Eine solche Analyse auf regionaler Ebene ist vor dem Hintergrund der Heterogenität der Region sowie der unterschiedlichen politisch-ideologischen und makroökonomischen Ausgangsbedingungen in den unterschiedlichen Ländern nur eingeschränkt möglich. Dennoch lassen sich aufgrund struktureller Merkmale, die die Region nach innen und außen insgesamt prägen und die den Verlauf und die Folgen der Pandemie beeinflussen, länderübergreifende Entwicklungen identifizieren. Diese zeigen sich in den Bereichen Ökonomie, Arbeit, soziale Ungleichheiten, Armut, Umwelt und Demokratie. Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Im nächsten Abschnitt skizziere ich die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Situation in Lateinamerika, in der sich das Corona-Virus (SARS-COV-2) ab Februar 2020 auszubreiten begann. Ich argumentiere, dass die Pandemie in Lateinamerika ökonomische, politische und soziale Krisen nicht auslöst, sondern auf diese trifft und sie verschärft. Anschließend beschreibe ich die Corona-Politiken einzelner Regierungen und gehe unter Verweis auf einige Länderbeispiele (v.a. Chile, Kolumbien und Brasilien) auf ökonomische, soziale und demokratiepolitische Folgen der Pandemie und der Gegenmaßnahmen ein.

Lateinamerika vor Corona

Die lateinamerikanischen Gesellschaften befanden sich bereits vor dem Ausbruch der Pandemie in einer Situation multipler, sich überlagernder ökonomischer, sozialer und politischer Krisen. Zwischen 2010 und 2019 ging das wirtschaftliche Wachstum in der Region von 6 % auf 0,2 % zurück. Seit 2014 stagniert die Wirtschaft, die durchschnittlichen Wachstumsraten der Volkwirtschaften lagen zwischen 2014 und 2019 bei lediglich 0,4 %, die niedrigsten seit den 1950er Jahren (ECLAC 2020: 8). Die Wirtschaftsleistung

3 S. die Daten von LAC-URBAN HEALTH, https://drexel-uhc.shinyapps.io/salurbal_covid19/, letzter Aufruf: 28.9.2020.

vieler Länder der Region hängt von Rohstoffexporten in die Zentren der Industriegüterproduktion ab, vor allem nach Europa, Nordamerika, Asien. Globale Rezessionen mit Einbrüchen bei Nachfrage und Preisen im Rohstoffsektor wirken sich mithin direkt auf die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika aus. Mit dem Einbruch der Rohstoffpreise auf den globalen Märkten seit 2013 geriet das zu Beginn des 21. Jahrhunderts erfolgreiche extraktivistische Wachstumsmodell in Lateinamerika in eine Krise (s. Dietz 2013; Svampa 2017). Staatliche Einnahmen aus Rohstoffrenten gingen zurück. Zwischen 2000 und 2015 machten diese in manchen Ländern mehr als ein Drittel aller Staatseinnahmen aus (Cetrángolo u.a. 2018). Unter Druck gerieten infolge dessen die nicht beitragsabhängigen Sozialleistungen, die vor allem die Mitte-Links-Regierungen in den Rohstoffboom-Jahren zur Reduzierung der (extremen) Armut eingeführt hatten, etwa die Familienbeihilfe (*bolsa familia*) und das Programm „Null Hunger" (*fome zero*) in Brasilien oder die Unterstützungen (*bonos*) für Gesundheit, Bildung und eine würdige Rente in Bolivien. Verantwortlich für die Krise der staatlichen Sozialausgaben ist jedoch nicht nur die Volatilität der Rohstoffpreise, sondern auch eine fehlende Besteuerung der Vermögenden. 2018 lagen die Steuereinnahmen der lateinamerikanischen Staaten im Schnitt bei 23 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), in den Ländern der OECD sind es 34,3 % (UN 2020: 9).

Eine Folge der wirtschaftlichen Krise und der Verschuldung ist die Zunahme von Armut. Zwischen 2002 und 2014 ging der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze lebt, signifikant von 45,9 auf 28,5 % zurück. Bis 2019 stieg er erneut auf 30,8 % an; in ländlichen Regionen liegt er sogar bei mehr als 45 % (CEPAL 2018: 24; CEPAL 2019; ECLAC 2020: 15). Wachsende Armut und fehlende Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Regionen verstärken die bereits in den 1970er Jahren begonnene Urbanisierung. Heute leben 80 % der lateinamerikanischen Bevölkerung in Städten, 17 % in Mega-Cities mit über 10 Millionen Einwohner*innen. Gerade hier ist die soziale Ungleichheit hoch, jede*r vierte Bewohner*in von Sao Paulo, Buenos Aires oder Mexiko-Stadt lebt in Armutsvierteln (UN 2020: 8). Soziale Ungleichheiten hinsichtlich der Verteilung von Einkommen und Vermögen, Landbesitz oder des Zugangs zu sozialer Grundsicherung und universellen Gütern prägen aber nicht nur die Lebensbedingungen in Mega-Cities, sie steigen insgesamt seit Mitte der 2010er Jahre wieder an (CEPAL 2019: 46).

Die Ursachen für den Anstieg von Armut und Ungleichheit liegen in sinkenden Staatseinnahmen und Sozialleistungen sowie vor allem in der Verschlechterung der Lage der Arbeiter*innen. In Lateinamerika machen Lohneinnahmen, egal ob aus formeller oder informeller Arbeit, über 80 % der Familieneinnahmen aus (OIT 2020). Mit der Implementierung progressiver

Lohnpolitiken in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts gelang es, Ungleichheiten vor allem in Bezug auf die Einkommensverteilung spürbar zu senken. Dies änderte sich in vielen Ländern der Region mit dem Wahlsieg von konservativen bis rechtsextremen Präsidenten, die sich nicht primär den Belangen der Arbeiter*innen oder der Reduzierung von Ungleichheiten verpflichtet sehen, z.B. in Brasilien, Chile, Kolumbien und zwischen 2015 und 2019 in Argentinien. Erneute neoliberale Arbeitsmarktpolitiken und die Rezession der vergangenen Jahre führten zu einer Verschlechterung bzw. Stagnation der Löhne, einem Anstieg der Arbeitslosenquote sowie einem Rückgang formaler und einem Anstieg informeller Beschäftigung. 2019 lag die Arbeitslosenquote auf regionaler Ebene bei 8 %. Mehr als die Hälfte (51 %) der Arbeiter*innen – absolut: 160 Millionen Menschen, vor allem Frauen und junge Menschen – ist im informellen Sektor tätig und verfügt über keine soziale Absicherung (ebd.: 2). Aber auch formale Beschäftigung bietet keine Absicherung per se. Lediglich elf der 33 Länder der Region hatten 2019 Arbeitslosenversicherungen (ECLAC 2020: 10).

Die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen der Mehrheitsbevölkerung, die steigende Arbeitslosigkeit, der Anstieg sozialer Ungleichheiten sowie der mangelnde Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildung lösten Ende 2019 in einer Reihe südamerikanischer Länder eine Welle sozialer Proteste aus. Sie begann Anfang Oktober 2019 in Ecuador, es folgten Chile, Bolivien und Kolumbien. Die sozialen Proteste verdeutlichten eindrücklich die Krise des Neoliberalismus und des extraktivistischen Entwicklungsmodells sowie der politischen Institutionen der meist nur formal demokratischen politischen Systeme, zu denen die Mehrheit keinen Zugang bekommt und von denen sie sich nicht (mehr) repräsentiert fühlt. Auslöser der Proteste in Ecuador war die Ankündigung von Präsident Lenín Moreno, die staatlichen Subventionen für Benzin und Diesel zu streichen. Die Maßnahme stand im Zusammenhang mit einer Kreditvergabe des IWF in Höhe von mehr als 4 Mrd. US$. Kurz darauf mobilisierten Taxifahrer*innen und Arbeiter*innen von Transportunternehmen einen Generalstreik, der sich, angeführt vom Dachverband der indigenen Organisationen (*Confederación de Nacionalidades Indígenas de Ecuador* – CONAIE), zu 12-tägigen Protesten und Blockaden im ganzen Land ausweitete. Neben der Forderung, die Aufhebung der Subventionen zurückzunehmen, mobilisierte die CONAIE gegen Extraktivismus, Neoliberalismus und für mehr soziale Gerechtigkeit. Am 13. Oktober 2019 musste Moreno unter dem Druck der Proteste die Streichung der Subventionen zurücknehmen (Lang 2019).

Auch in Chile ging es zunächst um die Verteuerung des täglichen Lebens. Auslöser der Proteste am 18. Oktober 2019 war eine Fahrpreiserhöhung für die U-Bahn in Santiago um 30 Pesos (4 €-Cent). In wenigen Tagen weiteten sich die spontanen und zunächst auf die Hauptstadt bezogenen Aufstände von Jugendlichen zu dezentral organisierten Massenprotesten im ganzen Land aus. Dabei ging es nicht mehr nur um 30 Pesos. Seit Jahren besteht ein Antagonismus zwischen den gesellschaftlich und politisch Ausgeschlossenen auf der einen und den konservativen Eliten, in deren Händen sich Reichtum und politische Macht konzentrieren, auf der anderen Seite. Mit den Massenprotesten politisierten vor allem junge Menschen, Arbeiter*innen, die von ihrem Einkommen kaum leben können, Gewerkschaften, Frauenorganisationen und indigene Gruppen diesen Antagonismus. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand auch das unter Diktator Augusto Pinochet etablierte und in der Verfassung verankerte neoliberale Wirtschaftsmodell. In Chile sind Bildung, Gesundheit und Rentensysteme nahezu vollständig privatisiert. Die Antwort der Regierung auf die Proteste lautete Repression. Mehr als 30 Menschen starben, viele wurden durch Polizeigewalt verletzt. Am Ende sah sich der konservative Präsident Sebastian Piñera gezwungen, einem Referendum über die Ausarbeitung einer neuen Verfassung zuzustimmen, die aktuelle von 1980 stammt noch aus der Zeit der Pinochet-Diktatur (Dilger & Kim 2019; Gurk 2020). Das Referendum war ursprünglich für April 2020 geplant, Corona-bedingt wurde es auf den 25. Oktober 2020 verschoben. Mit einer überraschend deutlichen Mehrheit von über 78 % stimmten die beteiligten Wähler*innen für eine neue Verfassung. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 50 % und war damit höher als bei allen anderen Wahlen seit der Abschaffung der Wahlpflicht im Jahr 2012 (Wehr 2020). 79 % der Wähler*innen sprachen sich zudem für die Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung, bestehend aus 155 gewählten Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (Bürger*innen), aus. Mindestens die Hälfte von ihnen müssen Frauen sein (ebd.).[4]

Beeinflusst von den Entwicklungen in Chile und Ecuador mobilisierten soziale Bewegungen in Kolumbien für einen landesweiten Generalstreik am 21. November 2019. Aus dem Streik wurden die größten und am längsten andauernden sozialen Proteste in Kolumbien seit Jahrzehnten. Wochenlang gingen Jugendliche, Feminist*innen, Studierende, Gewerkschaften, Kleinbauern und -bäuer*innen, indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften, Menschrechts- und Umweltaktivist*innen auf die Straße, schlugen auf Töpfe und Pfannen, organisierten Mahnwachen und Blockaden und forderten einen

4 https://www.pagina12.com.ar/301655-chile-voto-por-enterrar-la-constitucion-de-pinochet, letzter Aufruf: 3.11.2020.

tiefgreifenden sozialen und politischen Wandel. Sie mobilisierten gegen den neoliberalen Kurs der rechten Regierung von Präsident Iván Duque. Im Mittelpunkt standen eine geplante Renten- und Arbeitsmarktreform, die wachsende Arbeitslosigkeit, der fehlende Zugang zu Bildung und Gesundheit sowie die Anerkennung politischer Rechte, etwa des Demonstrationsrechts. Darüber hinausgehende Forderungen bezogen sich auf die zunehmende Gewalt gegen soziale Aktivist*innen in den ländlichen Regionen, Repressionen und Polizeigewalt in den Städten, die mangelnde Anerkennung und Umsetzung des Friedensabkommens mit der Guerilla FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo*) sowie die Anerkennung multipler Genderidentitäten und der Rechte der indigenen und der afrokolumbianischen Bevölkerung. Zwar ebbten die Proteste bereits zum Jahreswechsel ab, zum Erliegen kamen sie erst mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

Das Corona-Virus trifft in Lateinamerika auf multiple, wechselseitig verschränkte Krisen. Die Pandemie macht diese Krisen sichtbarer und verstärkt sie. Sie erreichte die Region in einer Phase wirtschaftlicher Stagnation, steigender Armut, Ungleichheit und wachsenden sozialen Ausschlusses. Das Virus begann sich darüber hinaus zu einem Zeitpunkt massiver sozialer Proteste zu verbreiten, die Ende 2019 in Ländern wie Chile und Kolumbien das Potenzial für tiefgreifende gesellschaftliche Reformen entfalten konnten. Dies führte zunächst zu deren abrupten Ende.

Zudem sind viele Länder der Region aufgrund mangelnder Infrastruktur[5] und unzureichenden Zugangsmöglichkeiten in den Bereichen Gesundheit und Bildung sowie fehlender sozialer Absicherung der Bevölkerung nur schlecht auf eine Pandemie vorbereitet. Die in den 1980er und 1990er Jahren durchgesetzte Neoliberalisierung der Gesundheitssysteme spaltet die lateinamerikanischen Gesellschaften bis heute: in eine vermögende, meist weiße Minderheit, die sich eine privatisierte Gesundheitsversorgung leisten kann, eine Gruppe formal Beschäftigter, die über einen (eingeschränkten) Zugang zur Gesundheitsversorgung durch Sozialversicherungssysteme verfügt und eine Mehrheit, die von beidem ausgeschlossen ist und auf einen nach wie vor unterfinanzierten, öffentlichen Gesundheitssektor angewiesen ist. Im Durchschnitt investieren die lateinamerikanischen Regierung 2,4 % des BIP in Gesundheit. Zum Vergleich: In Deutschland lag der Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben im Jahr 2018 bei 11,7 % des BIP.[6] Um eine universelle Gesundheitsversorgung zu garantieren, forderte die Panamerikanische

5 https://www.ghsindex.org/, letzter Aufruf: 7.10.2020.

6 https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Gesundheitsausgaben/_inhalt.html, letzter Aufruf: 7.10.2020.

Gesundheitsorganisation (*Organización Panamericana de la Salud* – OPS) bereits 2017 eine Erhöhung der Ausgaben auf 6 % des BIP.[7] Hiervon sind viele Länder weit entfernt, Ausnahmen sind Kuba, Argentinien und Costa Rica (CEPAL 2019: 139f). In Brasilien etwa schwankten die staatlichen Ausgaben für Gesundheit zwischen 2010 und 2017 zwischen 3,4 und 4 %. Hier stehen für je 10.000 Menschen 22 Betten in staatlichen und privaten Krankenhäusern zur Verfügung. In Deutschland sind es vier Mal so viele. Darüber hinaus fror die Regierung von Michel Temer (2016-2018) den Gesundheitsetat im Zuge von Sparmaßnahmen für 20 Jahre ein. Im ersten Jahr der Regierungszeit von Jair Bolsonaro (Januar 2019 bis Januar 2020) ist der Etat um 4,3 % zurück gegangen (Zilla 2020).

Corona-Politiken in Lateinamerika

Die Regierungen der meisten Länder der Region reagierten nach der Bestätigung der ersten Infektionsfälle ab Mitte März mit drastischen Maßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung. Grenzen, Schulen, Universitäten, kulturelle Einrichtungen, Restaurants wurden geschlossen und der nationale und internationale Bus- und Flugverkehr eingestellt. Es gab temporäre Lockdowns, Anordnungen zur sozialen Distanzierung sowie – je nach Infektionszahlen – räumlich begrenzte, regionale Quarantänen. Menschen, die es sich leisten können, haben in einigen Städten und Regionen ihre Wohnungen seit März kaum noch verlassen, Kinder gehen nicht zur Schule, der Unterricht erfolgt über Fernseh- und Radiosendungen oder WhatsApp-Nachrichten der Lehrer*innen (Nuñez 2020). In Chile, Peru und Bolivien erließen die Regierungen nächtliche Ausgangssperren, die sie teilweise (Chile) mit Hilfe des Militärs durchsetzten. In einigen Ländern riefen sie den nationalen bzw. sanitären Ausnahmezustand aus (Ecuador, Peru, Argentinien, Chile) (CEPAL 2020).

In Abhängigkeit vom Grad der Zentralisierung der politischen Systeme weichen die Regelungen von Provinz zu Provinz und Kommune zu Kommune ab. In Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, mussten sich die Bewohner*innen im April und Mai vier Wochen lang an die „pico y género"-Regel halten. Sie bedeutete, dass Männer und Frauen nur jeden zweiten Tag getrennt das Haus verlassen durften. Transsexuelle Personen wurden polizeilich verfolgt, wenn sie als biologischer Mann, aber mit einer weiblichen Geschlechtsidentität an Tagen das Haus verließen, an denen nach den heteronormativen Ausgangsregeln nur Frauen das Haus verlassen durften. In Brasilien, wo Präsident Bolsonaro in verschwörungstheoretischer

7 https://www.paho.org/salud-en-las-americas-2017/?p=178, letzter Aufruf: 20.10.2020.

Manier und unter Verwendung rechtspopulistischer Diskurse das Risiko der Pandemie kleinredet oder negiert, hat der Streit um geeignete Corona-Maßnahmen zu neuen Konfrontationen zwischen den Gouverneuren einiger Bundesstaaten und der nationalen Regierung geführt. Das Ergebnis dieser Konfrontationen ist ein „chaotisches Corona-Management" (Zilla 2020: 4), bestehend aus weitreichenden Einschränkungen in einigen Bundesstaaten, Klagen der nationalen Regierung dagegen sowie einem juristischen Konflikt um die Kompetenzverteilung zwischen den Bundesstaaten und der nationalen Regierung um die Verordnung von Corona-Maßnahmen (ebd.: 5; Dip 2020). Nicht nur anhand der Erfahrungen in Brasilien wird die Bedeutung dezentraler Institutionen und Strukturen der Krisenbewältigung deutlich. In den lateinamerikanischen Präsidialsystemen verfügt der/die Präsident*in auch in „Normalzeiten" über umfassende Befugnisse. Unter Bedingungen eines Ausnahmezustands sind die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle präsidialen Regierens nahezu inexistent. In vielen Ländern (u.a. Brasilien, Chile, Bolivien) haben Regierungen versucht, die Pandemie für eine Zentralisierung politischer Macht, die Durchsetzung rassistischer Ausschlusspolitiken sowie Lockerungen von Umweltstandards zu nutzen. Ein Beispiel für Letzteres ist die Forderung des brasilianischen Umweltministers Ricardo Salles im April 2020, die Corona-Krise für die Deregulierung der Umweltpolitik zu nutzen, da sich die Presse derzeit ohnehin auf die COVID-19-Berichterstattung konzentriere.[8] Im Mai 2020 legte die Regierung ein neues Gesetz zur Legalisierung von entwaldeten Landflächen im Amazonas-Becken zugunsten von Viehzucht und Bergbau vor. Bisher wurde es nicht verabschiedet. Die Entwaldungsrate steigt dort jedoch auch ohne Gesetzesgrundlage: im März und April 2020 um 64 % im Vergleich zu den Vorjahresmonaten (Fearnside 2020).

Allerdings konnten Regierungen nicht überall von dem mit der Pandemie begründeten Ausnahmezustand profitieren. In Bolivien versuchte eine rechte Übergangsregierung seit Ausbruch der Pandemie indigene Organisationen und die Partei von Ex-Präsident Evo Morales, Bewegung zum Sozialismus (*Movimiento al Socialismo* – MAS), mit rassistischen Diskursen und katholischen Symbolen zu diffamieren. Erklärtes Ziel war es, sich die politische Macht durch die Besetzung des Präsident*innen-Amtes bei der Wahl im Oktober 2020 nachhaltig zu sichern. Die Wahl war notwendig geworden, nachdem Morales nach einem umstrittenen Wahlsieg im Oktober 2019 aufgrund von Protesten und des Drucks des Militärs von seinem Amt zurückgetreten war und das Land verlassen hatte (Wolff 2020). Bei den am

8 https://www.mpg.de/15225360/raquel-sirotti-interview-amazonas-bolsonaro, letzter Aufruf: 20.10.2020.

18. Oktober 2020 durchgeführten Präsidentschaftswahlen sprach sich eine Mehrheit von über 55 % der Wähler*innen bereits im ersten Wahlgang für den Kandidaten der MAS, Luis Arce, aus. Die für die Wahlen befürchteten Ausschreitungen sind weitgehend ausgeblieben. Das Land bleibt zwar tief gespalten, dennoch ist der demokratische Machtwechsel ein Zeichen der Hoffnung.[9]

Folgen der Pandemie: Vulnerabilität, Armut und Ungleichheiten

Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik erwartet infolge der globalen Rezessionen, nationalen und regionalen Lockdowns, Ausgangssperren und der ohnehin bestehenden Wirtschaftskrise einen der größten Wirtschaftseinbrüche in der Region seit Beginn des 20. Jahrhunderts (ECLAC 2020; OIT 2020: 3). Das Bruttoinlandsprodukt könnte um bis zu 9 % schrumpfen, ebenso die Rücküberweisungen (*remittances*) von Lateinamerikaner*innen im Ausland (u.a. Arbeitsmigrant*innen in Europa und Nordamerika oder anderen lateinamerikanischen Ländern) an Familien und Angehörige. Fehlende *remittances* von Angehörigen treffen vor allem die Bevölkerung in jenen Ländern Zentralamerikas und der Karibik, in denen sie einen hohen Anteil am BIP ausmachen, z.B. Haiti (30 %), El Salvador und Honduras (20 %), Guatemala, Nicaragua und Jamaica (10 %). In Kombination mit eingeschränkten Einkommensmöglichkeiten zu Hause bedeutet dieser Rückgang für die betroffenen Menschen den Verlust der Existenzsicherung, Verarmung und Hunger (ECLAC 2020: 13). Analytiker*innen der CEPAL (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*) rechnen für das Jahr 2020 mit einem Anstieg der Armut in der Region um 4,4 % und der extremen Armut um 2,5 %. Nach dieser Prognose werden in absoluten Zahlen weitere 30 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze und weitere 16 Millionen Menschen in extremer Armut leben (ECLAC 2020: 15). Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt, dass sich im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie weltweit die Zahl der Menschen, die von Hunger betroffen sein werden, bis zum Jahresende 2020 verdoppeln wird.[10] In Lateinamerika nehmen Hunger und Ernährungskrisen seit dem Ausbruch der Pandemie dort zu, wo die Versorgungslage bereits vorher

9 https://www.dw.com/de/nach-den-wahlen-boliviens-linke-vor-herausforderungen/a-55327449, letzter Aufruf: 3.11.2020.

10 https://insight.wfp.org/covid-19-will-almost-double-people-in-acute-hunger-by-end-of-2020-59df0c4a8072, letzter Aufruf: 20.10.2020.

kritisch war: in Venezuela, in Haiti sowie in einigen Ländern Zentralamerikas und der Andenregionen (FAO & WFP 2020).

Vor allem in den ersten Monaten von 2020, als die Industrieproduktion und Weiterverarbeitung von Rohstoffen in China, Europa und Nordamerika Pandemie-bedingt stillstand, befürchteten Ökonom*innen einen starken Einbruch der Agrar- und Rohstoffexporte aus Lateinamerika. Dies trifft vor allem jene Länder, deren Volkswirtschaften zu einem hohen Maß von Exporten von Soja, Zucker, Öl und Gas, Erzen und Metallen abhängen: Argentinien, Brasilien, Chile, Peru, Bolivien, Ecuador, Kolumbien (ECLAC 2020: 12). Zwar sind die Exporte von Erzen, Metallen, Öl und Agrarprodukten im ersten Halbjahr 2020 zurückgegangen, allerdings ohne direkte Auswirkungen auf die Ressourcenextraktion selbst. Stattdessen zeigen sich Tendenzen einer Vertiefung des extraktivistischen Entwicklungsmodells. In Brasilien sind die Exporte von Agrarprodukten und Rohstoffen im Vergleich zum Vorjahr kaum gesunken, von Soja, Fleisch und Zucker sogar gestiegen, vor allem nach China.[11]

Lockdowns, Schließung von Fabriken, Schulen und öffentlichen Einrichtungen, Rezession sowie die zum Teil polizeilich und militärisch überwachten Ausgangssperren spitzen die ohnehin prekäre Lage eines Großteils der Arbeiter*innen zu. Dabei trifft der erwartete makroökonomische Kollaps Arbeiter*innen je nach Klassenlage und formellen oder informellen Beschäftigungsverhältnissen unterschiedlich. Dies führt dazu, dass sich bestehende strukturelle Ungleichheiten in der Region vergrößern (OIT 2020: 4). Die ILO (*International Labour Organization*) rechnet bis zum Ende des Jahres 2020 mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf etwa 13 %; über die Hälfte der formal Beschäftigten sind akut von Arbeitsplatzverlust betroffen (OIT 2020: 14). In Chile sank die Beschäftigungsquote bereits von 58,2 % im Jahr 2019 auf 47,6 % im Juli 2020 (ebd.). Die Menschen verlieren ihre Einkommen; Rücklagen haben in den unteren Einkommensschichten die Wenigsten. Ohne soziale Absicherung heißt das: Verelendung.

Neben den formellen Beschäftigten sind vor allem die 160 Millionen Menschen von der Pandemie und den Corona-Maßnahmen betroffen, die im informellen Sektor tätig sind und die sich den vielfach per sozialer Medien geteilten Hashtag und Aufruf *#stayhome* schlicht nicht leisten können. Das Einhalten von Maßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung erfordert soziale und institutionelle Voraussetzungen der Absicherung. Diese Voraussetzungen sind in vielen Ländern Lateinamerikas nur für eine gesellschaftliche Minderheit gegeben. Aber auch die Möglichkeiten, das

11 https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/brasilien/covid-19-auswirkungen-auf-internationale-lieferketten-238704#, letzter Aufruf: 21.10. 2020.

tägliche Überleben für sich selbst und Angehörige durch Straßenverkauf, als Hausangestellte*r, in der Pflege, durch einfache Reparaturarbeiten oder ungelernte Arbeiten im Baugewerbe, in der Agrarindustrie oder im Bergbau zu sichern, verschwinden in der Pandemie. Die ILO geht von einem Rückgang der Einnahmen aus informeller Arbeit in der Region um 80 % aus (OIT 2020). Von einem Verlust informeller Arbeit sind aufgrund strukturell und geschlechtsspezifisch ungleicher Arbeitsteilungen nicht alle gleichermaßen betroffen, sondern überproportional Frauen und junge Menschen mit niedrigem Bildungsstand. Viele der oftmals afro-lateinamerikanischen oder indigenen Frauen, die als Hausangestellte oder in der außerhäuslichen Pflege informell beschäftigt sich, pendeln täglich oder wöchentlich zwischen ihrem eigenen Wohnort, der meist in den Vororten großer Städte liegt und den Wohnungen ihrer Arbeitgeber*innen. Sie mussten sich in den letzten Monaten entscheiden: Entweder sie verlieren aufgrund der Reise- und Ausgangsbeschränkungen ihren Job oder sie sehen voraussichtlich monatelang ihre eigene Familie nicht. 78 % aller Frauen in Lateinamerika arbeiten im informellen Sektor, sind selbstständig oder im Dienstleitungssektor tätig. Fast Dreiviertel aller im Gesundheitswesen und Pflegesektor (formell und informell) Tätigen sind Frauen. Sie verdienen im Schnitt 25 % weniger als Männer und tragen gleichzeitig aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ein deutlich höheres Ansteckungsrisiko (UN 2020: 14f).

Neben der Zunahme von sozialen Ungleichheiten aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit von Arbeiter*innen in einem hochgradig informalisierten Arbeitsmarkt verstärken die dauerhaften Schulschließungen bestehende Ungleichheiten zwischen Klassen, Geschlechtern, Stadt und Land und ethnischen Gruppen. Die lateinamerikanischen Bildungssysteme sind durch Fragmentierung und Segregation charakterisiert. Zwar gelang es in den vergangenen Jahren mittels einer erfolgreichen Bildungsexpansion, den Zugang zu Bildung – insbesondere zur Grundschulbildung – zu universalisieren und den zu anderen Bildungsstufen auszuweiten. Allerdings bleiben gravierende Ungleichheiten zwischen öffentlichen und privaten, städtischen und ländlichen Bildungseinrichtungen (hinsichtlich Qualität, Ausstattung, Zugang) sowie hinsichtlich der sozialen Ausgangsbedingungen für einen erfolgreichen Schulabschluss (Peters 2013). Diese Ungleichheiten werden sich verstärken. In Lateinamerika geht mit dem Beginn der großen Ferien im Dezember ein Schuljahr ohne Unterricht zu Ende – mit langfristigen Folgen für Schüler*innen und die Gesellschaften (Dussel u.a. 2020). Die Mehrzahl der öffentlichen Schulen, die Lehrer*innen und die Schüler*innen dieser Schulen verfügen weder über die technischen Voraussetzungen noch die sozialen Ausgangsbedingungen, Schulschließungen durch Online-Formate

und Remote-Unterricht zumindest temporär zu kompensieren, schon gar nicht in ländlichen Regionen. Dort versuchen Lehrer*innen seit den Schulschließungen mit ihren Schüler*innen über WhatsApp Kontakt zu halten und Aufgaben zu versenden (Nuñez 2020). Was aber, wenn es in einer Familie kein oder maximal ein Smartphone gibt, das *prepaid*-Guthaben aufgebraucht ist und die Kinder keinen Ort haben, an dem sie die Aufgaben erledigen können, vom Rücksenden der Aufgaben ganz zu schweigen?

Die Pandemie ist zwar global im Sinne ihrer geographischen Ausbreitung und demokratisch in dem Sinne, dass sich alle unabhängig von Geschlecht, Klasse oder ethnischer Herkunft theoretisch anstecken können. Sie ist deshalb jedoch kein Gleichmacher, denn sie trifft auf gesellschaftliche Strukturen, die die Pandemie für viele zur sozialen Katastrophe werden lassen. In einem Artikel zur Corona-Pandemie in Afrika argumentiert Reginald Cline-Cole (2020: 170), dass Menschen gegenüber dem Virus eben nicht alle gleich sind, sondern dass Herkunft, Klasse, Geschlecht und *race* die Erfahrungen mit der Pandemie maßgeblich beeinflussen (vgl. dazu auch den Beitrag von Melanie Müller in diesem Heft, S. 441ff). Verwundbar gegenüber dem Virus sind mithin nicht nur alte Menschen oder jene mit Vorerkrankungen, sondern auch jene, die aufgrund ihrer Klassenzughörigkeit, bestehender Geschlechterordnungen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen, Stadt-Land-Dichotomien, rassistischen Diskriminierungen oder fehlender Staatsbürgerschaft von sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen sind. Das ist in Lateinamerika nicht anders. Es ist davon auszugehen, dass überproportional viele Angehörige der popularen Klassen, der afro-lateinamerikanischen und indigenen Bevölkerung an dem Virus erkranken und sterben werden. Dies lässt sich erst rückblickend unter Auswertung von Sterbestatistiken empirisch erfassen. Aber die steigende Sterblichkeit in den Armutsvierteln der lateinamerikanischen Mega-Städte weist bereits heute darauf hin.

Vulnerabilität ist gesellschaftlich produziert. Das gilt für die Möglichkeit, am Virus zu erkranken oder zu sterben ebenso wie für die Möglichkeit, in Folge der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zu verarmen. Die Ursachen für die erhöhte Verwundbarkeit gegenüber beiden Risiken liegen in Lateinamerika in der strukturellen Persistenz von Ungleichheiten und informellen Arbeitsverhältnisse, einer vergeschlechtlichten und in Teilen rassifizierten Arbeitsteilung, im ungleichen Zugang zu einem hochfragmentierten Gesundheits- und Bildungswesen, einer seit den 1990er Jahren weitgehend liberalisierten und privatisierten Daseinsvorsorge, in der extrem ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der fiskalischen Unantastbarkeit der Ultra-Reichen. Es sind diese Bedingungen,

unter denen die Pandemie in Lateinamerika zur sozialen Katastrophe wird (vgl. Ironstone 2020; Malik 2020).

Gewalt und Repression: Demokratie unter Druck

In einer Videokonferenz der *Permanenten Arbeitsgruppe Alternativen zur Entwicklung*[12] des Andenbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Anfang September 2020 argumentierte der Soziologe Klaus Meschkat, dass das Virus für die regierenden Eliten in einigen Ländern ein willkommenes Mittel sei, um die noch bis zu Beginn des Jahres 2020 andauernden sozialen Proteste einzudämmen, weitere Mobilisierungen zu verhindern und Aufständische besser zu überwachen. In der Tat werden unter den Bedingungen der Pandemie in vielen Ländern der Region rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien ausgehöhlt, Demonstrationsrechte und Rechte auf freie Meinungsäußerung begrenzt, Demonstrationen und Aufstände repressiv und gewaltsam eingeschränkt. Zudem erlangen Sicherheitsorgane wie Militär, Polizei und Aufstandsbekämpfungseinheiten weitere Befugnisse. Zunehmend kommt es dadurch zu repressiven Übergriffen der Sicherheitsbehörden, insbesondere gegenüber Jugendlichen, die sich auch unter Corona-Bedingungen für ihre demokratischen Rechte, soziale Gerechtigkeit und Umverteilung sowie die Einhaltung von Menschenrechten einsetzen.

In der kolumbianischen Hauptstadt kam es Anfang September 2020 bei Protesten gegen Polizeigewalt zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizist*innen und Demonstrierenden, bei denen die Polizei Schusswaffen einsetzte. Mindestens 13 Menschen starben, mehrere Hundert wurden verletzt, viele mit Schusswunden. Auslöser der Proteste war der tödliche Übergriff von Polizist*innen gegen einen 45-jährigen Anwalt – vermutetes Vergehen: das Trinken von Alkohol in der Öffentlichkeit. Der Anordnung der Bürgermeisterin von Bogotá, nicht auf die Protestierenden zu schießen, widersetzte sich die Polizei.[13] Bereits bei den nationalen Protesten im November 2019 setzten die Sicherheitsbehörden Schusswaffen ein, auch hier kam es zum Tod eines Demonstranten. Nach anschließenden Klagen von Menschenrechtsorganisationen forderte der Oberste Gerichtshof in einem Urteil Ende September eine Umstrukturierung der Verhaltens- und Verfahrensweisen der Sicherheitskräfte sowie eine Entschuldigung des Verteidigungsministers als symbolische Wiedergutmachung. In Kolumbien

12 *Grupo Permanente Alternativas al Desarrollo*, s. https://www.rosalux.org.ec/grupo/, letzter Aufruf: 8.10.2020.

13 S. https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/kolumbien-nach-den-toedlichen-polizeischuessen/, letzter Aufruf: 8.10.2020.

untersteht die Polizei dem Verteidigungsministerium, eine Entschuldigung gibt es bis heute nicht.[14] In Santiago de Chile fanden die Vorbereitungen für das am 25. Oktober 2020 durchgeführte Referendum über eine neue Verfassung unter den Bedingungen des seit dem 18. März geltenden Ausnahmezustands statt (Boddenberg 2020). Trotz eingeschränkter Versammlungs- und Bewegungsfreiheit mobilisierten Studierende Proteste, auf die die Polizei wiederum mit Repression antwortete. Bei einer Demonstration am 2. Oktober 2020 stürzte ein Jugendlicher in Santiago von einer sieben Meter hohen Brücke, nachdem er von einem Polizisten umgerannt worden war (Gurk 2020).

Die Beispiele belegen einerseits die wachsende Kriminalisierung sozialer Proteste, die Militarisierung des zivilen und öffentlichen Lebens sowie die sich verstetigende Tendenz des Regierens mit und durch Gewalt in Lateinamerika (Müller 2018). Gewalt geht dabei nicht nur von Sicherheitsbehörden aus. In allen Ländern der Region steigt die häusliche Gewalt gegen Frauen. Allein in Rio de Janeiro nahm sie, soweit sie registriert wurde, im März 2020 um 50 % zu (Dip 2020). In Kolumbien ist die Zahl der getöteten Aktivist*innen in den ländlichen Regionen seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie erneut angestiegen (Somos Defensores 2020). Unter den Bestimmungen von Quarantäne, eingestellten öffentlichen Transporten und Maßnahmen des Personenschutzes sowie der Aufforderungen, zu Hause zu bleiben, können sich Aktivist*innen im ländlichen Raum gegenüber Aggressionen und Bedrohungen durch eine Vielzahl von Gewaltakteuren nur schwer schützen. Mit der Pandemie sind in dem Land auch gezielte Massaker als Form der Gewaltausübung und Einschüchterung zurückgekehrt.[15] Unter diesen Bedingungen Protest zu mobilisieren und demokratische Prozesse zu verteidigen, erfordert eine breite, bereits bestehende Organisierung „von unten“. Dort, wo diese existiert, kommt es auch in Zeiten der Pandemie zu Kundgebungen, Demonstrationen und demokratischen Abstimmungen. In Chile ist die hohe Wahlbeteiligung beim Verfassungsreferendum unter besonderen Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen sowie das deutliche Ergebnis für eine neue Verfassung auch das Ergebnis vorausgegangener Massenproteste und damit verbundener Organisierungsprozesse in der Gesellschaft. Dies ist auch ein Grund für den reibungslosen Ablauf der Wahlen in Bolivien. In Kolumbien mobilisierte ein breites Bündnis aus indigenen, afrokolumbianischen und kleinbäuerlichen Organisationen aus unterschiedlichen Landes-

14 S. https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/regierung-ficht-gerichtsurteil-gegen-polizeigewalt-an/, letzter Aufruf: 8.10.2020.

15 http://www.indepaz.org.co/informe-de-masacres-en-colombia-durante-el-2020/, letzter Aufruf: 20.10.2020.

teilen für einen Protestmarsch in die Hauptstadt Bogotá. Der Protestmarsch war Teil eines jährlich stattfindenden Treffens indigener Organisationen (sog. *mingas*). Am 19. Oktober 2020 demonstrierten 10.000 Teilnehmer*innen der *minga social* in Bogotá für die Anerkennung ihrer Rechte, die Umsetzung des Friedensabkommens und ein Ende der Gewalt gegen ihre Mitglieder.[16]

Krisenbewältigung und Solidarität „von unten"

Während in Deutschland viel über die so genannte neue Normalität nach den ersten Wochen des Lockdowns diskutiert wurde, in der auch Chancen für mehr Solidarität und gesellschaftlichen Wandel gesehen wurden, besteht die neue Normalität in vielen Ländern Lateinamerikas in einem auf Dauer gestellten Ausnahmezustand und einer sich perpetuierenden Politik der Gewalt. Räume für gesellschaftlichen Wandel hin zu gerechten und demokratischen Gesellschaftsordnungen sind nicht verschwunden, sie unter Pandemiebedingungen zu erkämpfen, erfordert jedoch deutlich mehr Kraft. Das bedeutet nicht, dass es sie nicht gibt. Nachdem im März in Ecuador, Chile und Bolivien strikte Ausgangssperren verhängt wurden, organisierten Gemeinschaften von Nachbarschaften in popularen Stadtvierteln in Quito, Santiago de Chile und El Alto eine Basisversorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Schulunterricht usw. Basierend auf Prinzipien des solidarischen Tauschs und der Ernährungssouveränität gelang es so, existenzielle Grundbedürfnisse zu befriedigen – ohne staatliche Unterstützung. Diese und ähnliche Formen der Solidarität und Krisenbewältigung finden sich in allen Ländern der Region. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen argumentierte Mario Rodríguez, Mitbegründer des Kollektivs *Wayna Tambo – Red de la Diversidad*, eines freien Radiosender in Bolivien, beim Online-Treffen der permanenten Arbeitsgruppe Alternativen zur Entwicklung der RLS, dass die Bearbeitung und der Umgang mit der Katastrophe keinesfalls dem Staat überlassen werden sollte. In der Pandemie eröffneten sich auch Räume für alternative Modelle der Reproduktion und Existenzsicherung – jenseits von Kapital und Staat.

Fazit

In diesem Beitrag habe ich einige der sozialen, ökonomischen und politischen Folgen der Corona-Pandemie und die Corona-Politiken in Lateinamerika diskutiert. In Lateinamerika löst die Pandemie keine neuen Krisen aus,

16 https://www.elespectador.com/noticias/nacional/asi-sera-el-recorrido-de-la-minga-hasta-bogota/, letzter Aufruf: 21.10.2020.

sondern trifft auf bestehende, macht diese sichtbarer und verstärkt sie. Durch sie perpetuieren sich die globale Arbeitsteilung, die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Rohstoffökonomien von den Weltmärkten, der Industriegüterproduktion und den Konsummustern im Globalen Norden und in China. Dies hat weitere sozial-ökologische Verwerfungen nach innen zur Folge. Hinsichtlich des vorherrschenden Entwicklungsmodells verdeutlicht die Pandemie die Krisenhaftigkeit und Anfälligkeit von auf Rohstoffexporten basierenden Ökonomien. Weder den Mitte-Links-Regierungen bis Mitte der 2010er Jahre, noch den seitdem in vielen Ländern regierenden konservativen bis rechtsextremen Parteien ist es im Kontext globaler Abhängigkeiten und fortbestehender neoliberaler Ordnungen gelungen, die produktive Basis der lateinamerikanischen Ökonomien zu diversifizieren, die reichen Eliten hinreichend zu besteuern, den Zugang zu sozialen Sicherungssystemen zu universalisieren und die fortschreitende ökologische Zerstörung zu stoppen. Gesellschaftlich wirkt die Pandemie als Katalysator sozialer Ungleichheiten. In einem Gastbeitrag im britischen *Guardian* schreibt der Kolumnist Fintan O'Toole (2020), COVID-19 habe „sowohl eine politische als auch biologische Epidemiologie". Beide verstärkten die bestehenden, aber oft verborgenen gesellschaftlichen Ungleichheiten und wirkten sich vor allem auf diejenigen negativ aus, die bereits zu den Marginalisierten in ungleichen Gesellschaften zählten. Dies gilt auch und insbesondere für Lateinamerika, der Region mit der höchsten sozialen Ungleichheit weltweit.

Literatur

Boddenberg, Sophia (2020): „Proteste in Chile am Jahrestag des Militärputsches". In: *amerika21*, 15.9.2020, https://amerika21.de/2020/09/243438/chile-proteste-jahrestag-putsch, letzter Aufruf: 2.10.2020.

CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2018): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe 2017*. Santiago de Chile. https://www.cepal.org/es/publicaciones/43239-anuario-estadistico-america-latina-caribe-2017-statistical-yearbook-latin, letzter Aufruf: 17.10.2020.

CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2019): *Panorama social de América Latina 2019*. Santiago de Chile, https://www.cepal.org/es/publicaciones/44969-panorama-social-america-latina-2019, letzter Aufruf: 17.10.2020.

CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2020): *Observatorio COVID-19 en América Latina y el Caribe: acciones por país*. Santiago de Chile, https://cepalstat-prod.cepal.org/geo/covid/?language=es, letzter Aufruf: 10.10.2020.

Cetrángolo, Oscar; Javier Curcio; Juan Carlos Gómez Sabaini & Dalmiro Morán (2018): *Gastos e ingresos públicos en América Latina desde fines de los años ochenta hasta 2015*. Santiago de Chile, https://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/43888/1/S1800612_es.pdf, letzter Aufruf 17.10.2020.

Cline-Cole, Reginald (2020): „Socially distanced capitalism in a time of coronavirus". In: *Review of African Political Economy,* Bd. 47, Nr. 164, S. 169-196 (https://doi:10.1080/03056244.2020.1814627).

Dietz, Kristina (2013): Peripherie-Stichwort: (Neo-)Extraktivismus. *Peripherie*, Nr. 132, S. 511-513 (https://www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/view/22727).

Dilger, Gerhard, & Caroline Kim (2019): *Chile ist aufgewacht*. 25.10.2019, https://www.rosalux.de/news/id/41162/chile-ist-aufgewacht?cHash=49b9b23b3a79648d5a3e2971e9d93bbc, letzter Aufruf: 2.10.2020.

Dip, Andrea (2020): „Brazil and Coronavirus: How Denialism, Religious Fundamentalism and Necropolitics has Disproportionately Affected Women". In: *TRAFO*, 31.8.2020, https://trafo.hypotheses.org/24749, letzter Aufruf: 8.10.2020.

Dussel, Inés; Patricia Ferrante & Darío Pulfer (Hg.) (2020): *Pensar la educación en tiempos de pandemia. Entre la emergencia, el compromiso y la espera*. Buenos Aires.

ECLAC – Economic Commission for Latin America and the Caribbean (2020): *Report on the Economic Impact of Coronavirus Disease (COVID-19) on Latin America and the Caribbean*. Santiago de Chile, https://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/45603/1/S2000312_en.pdf, letzter Aufruf: 16.9.2020.

FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations, & WFP – UN World Food Programme (2020): *FAO-WFP Early Warning Analysis of Acute Food Insecurity Hotspots: July 2020*. Rom. (https://doi.org/10.4060/cb0258en).

Fearnside, Philip M. (2020): „Brazil's ‚Land-grabbers Law' Threatens Amazonia". In: *MONGABAY*, 25.5.2020, https://news.mongabay.com/2020/05/brazils-land-grabbers-law-threatens-amazonia-commentary/, letzter Aufruf 20.10.2020.

Gurk, Christoph (2020): „Tiefer Absturz". In: *Süddeutsche Zeitung*, 6.10.2020, S. 7.

Ironstone, Penelope (2020): „The Pandemic is (Extra) Ordinary". In: *TOPIA: Canadian Journal of Cultural Studies* (https://doi.org/10.3138/topia.2020.covid-19.06).

Lang, Miriam (2019): „Lenín gibt indigenem Druck nach". In: *Neues Deutschland*, 14.9.2019, https://www.neues-deutschland.de/artikel/1127120.ecuador-lenin-gibt-indigenem-druck-nach.html, letzter Aufruf: 2.10.2020.

Malik, Kenan (2020): „Whether in the UK or the Developing World, We're not all in Coronavirus Together". In: *The Guardian*, 5.4.2020. https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/apr/05/whether-in-the-uk-or-the-developing-world-were-not-all-in-coronavirus-together, letzter Aufruf 8.10.2020.

Müller, Markus-Michael (2018): „Governing Crime and Violence in Latin America". In: *Global Crime*. Bd. 19, Nr. 3-4, S. 171-191 (https://doi.org/10.1080/17440572.2018.1543916).

Nuñez, Pedro (2020): „Desigualdades educativas en tiempos de coronavirus". In: *lavanguardia*, http://www.lavanguardiadigital.com.ar/index.php/2020/04/14/desigualdades-educativas-en-tiempos-de-coronavirus/, letzter Aufruf: 19.10.2020.

O'Toole, Fintan (2020): „Coronavirus has Exposed the Myth of British Exceptionalism". In: *The Guardian*, 11.4.2020, https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/apr/11/coronavirus-exposed-myth-british-exceptionalism, letzter Aufruf: 2.10.2020.

OIT – Organización Internacional del Trabajo (2020): *Impactos en el mercado de trabajo y los ingresos en América Latina y el Caribe*. https://www.ilo.org/americas/publicaciones/WCMS_749659/lang--es/index.htm, letzter Aufruf: 2.10.2020.

Peters, Stefan (2013): *Bildungsreformen und soziale Ungleichheiten in Lateinamerika: Kontinuität im Wandel in Venezuela und Uruguay*. Baden-Baden (https://doi.org/10.5771/9783845244679).

Somos Defensores (2020): *Boletín trimestral sistema de información sobre agresiones contra personas defensoras de derechos humanos en Colombia – SIADDHH*. Bogotá, https://somosdefensores.org/boletines-trimestrales1/, letzter Aufruf: 2.10.2020.

Svampa, Maristella (2017): *Del cambio de época al fin de ciclo. Gobiernos progresistas, extractivismo, movimientos sociales en América Latina*. Buenos Aires.

UN – United Nations (2020): *Policy Brief: The Impact of COVID-19 on Latin America and the Caribbean.* https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_policy_brief_covid_lac.pdf, letzter Aufruf: 2.10.2020.

Wehr, Ingrid (2020): *Verfassungsplebiszit in Chile: Das späte Ende der Diktatur*. https://www.boell.de/de/2020/10/27/verfassungsplebiszit-chile-das-spaete-ende-der-diktatur, letzter Aufruf: 3.11.2020.

Wolff, Jonas (2020): „The Turbulent End of an Era in Bolivia: Contested Elections, the Ouster of Evo Morales, and the Beginning of a Transition Towards an Uncertain Future". *Revista de Ciencia Política*, Bd. 40, Nr. 2, S. 163-186 (https://doi.org/10.4067/S0718-090X2020005000105).

Zilla, Claudia (2020): *Corona-Krise und politische Konfrontation in Brasilien.* SWP-Aktuell, Nr. 53. Berlin.

Anschrift der Autorin:
Kristina Dietz
kristina.dietz@fu-berlin.de